

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen

Antrag der BfB-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 4 "Konzept zur Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz" in der Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 08.02.2018

Sehr geehrter Herr Clausen,

zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 08.02.2018 stellen wir folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Vorlage eines schlüssigen, gesamtstädtischen Konzepts für den Einsatz der bereits vorhandenen sowie der vorgesehenen zusätzlichen Außendienstkräfte mit Ordnungsaufgaben. Hierbei soll eine etwaige Zusammenarbeit mit weiteren Einrichtungen und Ämtern (z.B. Polizei bzw. Stadtwache, Umweltbetrieb) berücksichtigt werden, soweit diese zielführend ist.

Begründung:

Bislang ist kein solches Gesamtkonzept erkennbar. Zur Unterstützung der Stadtwache im Stadthallenumfeld durch Hilfskräfte sollten Langzeitarbeitslose (um-)geschult werden, für die Treppenstraße in Brackwede ist nun die Einstellung von Beamten (Besoldungsgruppe A8) im Außendienst vorgesehen. Daneben gibt es noch weitere andere Funktionen, die durchaus auch Anteil am Sicherheitsempfinden der Bevölkerung haben, z.B. Quartiershelfer oder auch die Sauberkeit von Straßen und Plätzen, die in erster Linie in Zuständigkeit des Umweltbetriebes liegt.

Insgesamt begrüßt die BfB die Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz, allerdings bleiben zurzeit noch zu viele Fragen offen. Sofern das Erfolgsmodell „Stadtwache“ als Kooperation zwischen Polizei und Ordnungsamt nicht auch auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden kann und ausschließlich eigenes Personal bzw. Hilfskräfte eingesetzt werden sollen, sollten diese zumindest bei gleichartigen Aufgaben auch über eine gleichartige Ausbildung sowie für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare, einheitliche Befugnisse verfügen.

Die heutige Berichterstattung in der Zeitung „Westfalen Blatt“, wonach sich die Szene an der Treppenstraße in Brackwede in das Umfeld verlagert, und dort Bürgerinnen und Bürger bedrängt, zeigt, dass ausschließlich lokale Lösungen nicht ausreichend und auch nicht schnell genug umgesetzt sind, um hinreichende Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger herzustellen.

Nicht zuletzt obliegt der Stadt Bielefeld auch ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern; bei einer Vielzahl von „Insellösungen“ und ohne klare Abgrenzung der Zuständigkeiten und Schnittstellen ist es mehr als zweifelhaft, eine effektive Lösung zu erreichen. Möglicherweise ist gleichwertige Sicherheit auch mit geringeren Kosten möglich (z.B. Präsenz durch Ordnungskräfte aus dem Sozialbereich wie in der Stadt Dortmund oder Verstärkung bei der Reinigung/Sauberkeit von entsprechenden Plätzen durch den Umweltbetrieb) bzw. es wäre mit gleichem finanziellen Aufwand eine weitere Verbesserung im Bereich der Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit für die Bürgerinnen und Bürger möglich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Rüscher
(Finanzpolitischer Sprecher der BfB)

